



60 Jahre VOS am 9.2.2010 sind auch 20 Jahre VOS in Gesamtdeutschland.- Ein Rückblick

Die Gründer der VOS, Entlassene aus dem nachgenutzten Nazi-KZ Sachsenhausen haben sich sicher nicht vorstellen können, dass es noch 40 Jahre dauern kann, bis in ganz Deutschland wieder Freiheit und Demokratie herrschen. Doch je länger die VOS existierte, umso unwahrscheinlicher schien es, dass die Gründergeneration noch die Einheit Deutschlands erleben kann. Die VOS brachte sich ein in die Gestaltung der Häftlingshilfegesetze die ab 1955 wirksam wurden und immer wieder einmal novelliert werden konnten. Vorstöße zur Rehabilitierung der Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme (in der SBZ/DDR) oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden sind – wie sie im §17 Einigungsvertrag formuliert sind – wurden auch schon in den frühen fünfziger Jahren eingebracht, vom Parlament aber auf den Zeitpunkt nach einer Wiedervereinigung vertagt. Doch je mehr sich die DDR um die Zementierung der Trennung bemühte – insbesondere nach dem Mauerbau 1961, umso weniger glaubten die Menschen und darunter auch die Vertreter der politischen Parteien an eine baldige Beendigung der Trennung Deutschlands. Anfänglich erarbeitete Szenarien für einen Zeitpunkt der Wiedervereinigung wurden kaum noch weiter bearbeitet. Die schneeballartige Entwicklung der Ausreise- und Protestwelle des Sommer/Herbstes 1989 überraschte denn auch nicht nur die politischen Entscheidungsträger sondern auch die Führung unseres Opferverbandes. Man war auch in der VOS Bundesgeschäftsführung unvorbereitet auf das plötzliche Vakuum an Vereinsarbeit in der noch-DDR.

Aktivitäten von Opfervertretungen in Sachsen-Anhalt

Aus der oben geschilderten Situation heraus ergab es sich, dass neben den erst langsam Kontakte aufbauenden VOS-Gliederungen bereits parallel weitere Gründungen, wie die des BSV-Leipzig, Fuß fassten und die betroffenen der politischen Verfolgung zum Eintritt in ihren jeweiligen Verein umwarben. Heinz Hildebrandt, später Landtagsalterspräsident in Sachsen-Anhalt nahm sich sehr früh in seiner Heimatstadt Wernigerode der politisch Verfolgten an und knüpfte dann auch Kontakte zur VOS in Bonn. Das langjährige Bestehen der VOS und ihre Erfahrung in der Vertretung der Opfer in der Politik gaben für ihn den Ausschlag, allen von ihm betreuten Opfern Aufnahmeanträge für die VOS zu übergeben. In den ersten Versammlungen der Bezirksgruppe Magdeburg und Wernigerode wurden u.a. von den Kameraden aus den „alten Bundesländern“ Bernd Pieper und Karl-Heinz Junke unterstützende Anleitungen gegeben. Während im Bereich Magdeburg etwa gleich viele Mitglieder in VOS und BSV waren, dominierte in Wernigerode und Halberstadt

die VOS. In Lutherstadt Wittenberg, Eisleben und Halle dominierte dagegen der BSV.

In Magdeburg bekamen die Leitungen des BSV und der VOS in der Gedenkstätte am Moritzplatz im Jahre 1992 zwei nebeneinander liegende Büroräume der ehemaligen Stasi-U-Haft-Anstalt, zur Nutzung als Geschäftsstelle, mietfrei bereitgestellt. Vorher wurde das nicht mehr zweckbenötigte Kinderzimmer unseres Kameraden K.-H. Schmerder als Beratungsraum für die zahlreich nachfragenden Mitglieder der VOS aus dem Raum Magdeburg ge(miß)braucht.

Die Räume im Moritzplatz wurden mit zusammengestoppelten Möbeln aus Betriebs- und Haushaltsauflösungen notdürftig ausgestattet. Etwa 1994 konnten wir durch Unterstützung des damaligen Justiz- und Innenministers Sachsen-Anhalts, Walter Remmers, auch einige Ausrüstungen an Computertechnik aus Lottomitteln erwerben.

Zwischen BSV und VOS-Mandatsträgern gab es von Anfang an eine recht friedliche Zusammenarbeit. 1994/95 wurden im Dezember gemeinsam Gedenkveranstaltungen in Räumen einer Kirchengemeinde durchgeführt. An den seit Jahrzehnten in der VOS durchgeführten Schulungen für Berater und Betreuer in Bad Oeyenhausen, Tegernsee und Meckenheim nahmen wir als VOS-Mandatsträger teil und gaben unser erworbenes Wissen auch gern an die BSV-Mandatsträger im Nebenbüro weiter.

Mit der Einsetzung von Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in den neuen Bundesländern bekamen wir die Möglichkeit, Fördermittel für die Durchführung von Projekten abzufordern. Neben der Herausgabe einer Reihe von Broschüren („Vom Roten Ochsen geprägt“, „Wie ein Tier im Käfig“, „Wernigerodes Wandel unter den Kommunisten“, „Diktaturwechsel im Kreis Querfurt“, „17. Juni in Eisleben“, „Die Tarantel“, „Abgeholt und Verschwunden I und II“) konnten wir regelmäßig wiederkehrende Busfahrten jeweils zu Gedenkortern und kulturell interessanten Orten, Gedenkveranstaltungen um die Zeit des Volkstrauertages mit dem Titel **„Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“**, regelmäßige Teilnahmen an den Veranstaltungen zum 17. Juni und 13. August (Grenzdenkmal Hötenleben) durchführen. Daneben wurden Gedenkplatten im Moritzplatz Magdeburg **„Den Opfern der Kommunistischen Gewaltherrschaft“**, in Querfurt und in Lutherstadt Eisleben in Erinnerung an die Opfer des Stalinismus und die Opfer des 17. Juni angebracht und in Wernigerode ein Gedenkstein mit Textplatte in den Grünanlagen vor dem Hauptbahnhof errichtet.

Anfangs wurden die Fördermittel noch getrennt für Maßnahmen von VOS und BSV beantragt und die Organisation jeweils entsprechend der Dominanz von VOS und BSV in den jeweiligen Gebieten abgefordert und entsprechend die Maßnahmen organi-

siert. Seit mehr als 10 Jahren erfolgt jedoch die Organisation gemeinsam von beiden Verbänden. Dieser Entwicklung Rechnung tragend, haben wir in den Hauptversammlungen 2002 durch die Wahl des gleichen Landesvorsitzenden für die VOS- und die BSV-Landesgruppe, Johannes Rink, auch nach außen dokumentiert, dass wir de Facto wie ein Verband zusammenarbeiten. Unser Briefkopf trug nebeneinander die Bezeichnung beider Verbände mit dem Untertitel „IM INTERESSE DER OPFER GEMEINSAM“

Die Nutzung der Räume in der Gedenkstätte am Moritzplatz brachte neben der guten Zusammenarbeit von VOS und BSV auch eine enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstättenleitung und dem im gleichen Gebäude untergebrachten Bürgerkomitee e.V. Sa-Anh. Insbesondere Gedenkstätten- oder Bürgerkomitee-Ausstellungen besuchende Schulklassen, Studenten- oder auch Seniorengruppen mit Bedarf an Zeitzeugengesprächen führten zu oftmaligen Bedarf an Zeitzeugengesprächen. Nach entsprechender Eingewöhnung einer Reihe von Mitgliedern in diese Aufgabe können wir seit einem reichlichen Jahrzehnt diesem Bedarf Folge leisten und über unsere Vergangenheit und Erlebnisse in der kommunistischen Diktatur berichten. Kleine Honorarbeträge, die dafür vereinbart sind, dienen der Abdeckung der anfallenden Mietnebenkosten, die wir für die ansonsten mietfreien Räume zu entrichten haben.

Strukturänderungen in der VOS

Als 1997 die „Institutionelle Förderung“ (Bezahlung des Personals der VOS-Bundes-Geschäftsstelle mit 5 Personen) der VOS durch das BMI auslief war dies ein tiefer Einschnitt, der ein umfangreiches Umdenken für die folgenden Bundesvorstände ab April 1998 erforderlich machte (1998: Klaus Schmidt, Bernd Stichler, Wolfgang Stiehl). Die angemieteten Geschäftsräume in der Bonner Borsigallee 6 waren ohne Fördermittel nicht mehr bezahlbar. Da auch die Bundesregierung nach Berlin umzog, bot Kamerad Bernd Stichler seinerzeit ein Unterkommen der Bundes-Geschäftsstelle in den Räumen der Landesgruppe Berlin im Deutschlandhaus in der Stresemannstraße am Anhalter Bahnhof an. Die Beräumung der Bonner Geschäftsstelle wurde in Einheit mit der Übergabe von Archivbeständen aus über vierzigjähriger Tätigkeit der VOS an das Hannah-Arendt-Institut (HAI) in Dresden durchgeführt. Allein die Aufnahme der Aufschriften auf den Aktenordnerrücken durch die Kameraden Marckstadt und Stiehl mittels Diktiergerät nahm eineinhalb Tage in Anspruch (Die Texte wurden vom HAI in eine Datei geschrieben und auch der VOS per Diskette übergeben. Danach waren die Akten entsprechend den Bestimmungsorten Berlin und Dresden zum Transport zusammenzustellen und zu verladen, bevor noch LKW voller ausgesondertem Müll auf die Bonner Deponien zu befördern waren. Da nicht alle Büromöbel in Berlin Platz fan-

den, konnte noch einiges in Magdeburg zum Ersatz der dortigen zusammengestoppelten Büroausstattung verwendet werden.

In der Bonner VOS-Bundesgeschäftsstelle waren bis zum Schluss sämtliche Verwaltungsaufgaben ohne Computertechnik in herkömmlicher Art, mit Nutzung tausender, nach Landes und Bezirksgruppen sowie ausgeschiedenen Mitgliedern sortierten Karteikarten realisiert worden. Die Freiheitsglocke wurde mit einem Portoaufwand von 3 DM in A5-Umschlägen zum Versand gebracht. Der einzige vorhandene, aber nicht zur Tagesarbeit genutzte, Computer stammte vom Hannah-Arendt-Institut aus der vorherigen Nutzung für die Erfassung der Karteidaten zur statistischen Auswertung. Der ausscheidende Schatzmeister aus dem vorherigen Vorstand machte darüber hinaus den Zugriff auf eine von ihm selbst eingegebene FG-Empfänger-Adressdatei durch Austausch der Festplatte zunichte.

In den folgenden 2 Wahlperioden bis 2002 wurde die Verwaltung auf Computernutzung umgestellt und jeweils eine Geschäftsführerin eingesetzt. Die der VOS verfügbaren Finanzmittel gestatten dies dann ab 2002 nicht mehr, sodass danach weitestgehend von Vorstandsmitgliedern, insbesondere vom „Schatzmeister“ die Aufgaben gelöst werden, sowie auch angemieteter zusätzlicher Büroraum aufgegeben werden mussten.

In den Generalversammlungen 2004 und 2006 wurden Beschlüsse zur Zusammenführung der beiden Vereine BSV und VOS gefasst, die jedoch, insbesondere durch die jeweiligen BSV-Vorstände erfolgreich ignoriert wurden. Eine durch die VOS Vorstandsmitglieder, gemeinsam mit unserem Kameraden Günther Rudolph (Rechtsanwalt) durch ein vorbereitetes Vertragswerk zur Verschmelzung beider Vereine, erhielt ebenfalls 2008, durch Ausscheiden der BSV-Landsgruppe Berlin, nicht die erforderliche 75% Mehrheit. Dementsprechend stellten sich in den BSV-Landesgruppen Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt keine Kandidaten mehr zur Wahl, sodass den BSV-Mitgliedern in diesen Ländern die Möglichkeit gegeben wurde, VOS-Mitglied zu werden. Die Mehrheit der ehemaligen BSV-Mitglieder hat davon Gebrauch gemacht. In diesem Jahr wird die Generalversammlung der so vergrößerten VOS – anlässlich der Erinnerung an den 60. Gründungstag am 9. Februar 1950, in Berlin vom 9. bis 11. April durchgeführt. Auch nach sechzigjährigem Bestand und 20 Jahren Deutscher Einheit ist die Tätigkeit der VOS immer noch erforderlich um in zähem Ringen doch noch einige Verbesserungen der Lage der von politischer Verfolgung in der SBZ/DDR Betroffenen zu schaffen. Auch die jetzt verstärkt aufgenommenen Zeitzeugengespräche – auch in den „alten Bundesländern – zeigen das die VOS noch immer gebraucht wird.